

STADT VELBERT

NIEDERSCHRIFT

über die **Sitzung des Rates**

am **Dienstag**, dem **29.09.2015**
(9. Sitzung)

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 21:40 Uhr

Sitzungsort: Saal Velbert, Rathaus, Thomasstraße 1, 42551 Velbert

Unter Vorsitz des Bürgermeisters; Herrn Lukrafka; waren anwesend:

a) die Ratsmitglieder

Frau Ammann
Herr Arshad
Herr Auer
Herr aus dem Siepen
Herr Dr. Beckröge
Herr Dr. Bender
Herr Bicerik
Herr Bolz
Herr Cleve
Frau Dabrock-Kalb
Herr Demircan
Frau Djuric
Herr Engel, F.
Herr Engel, H.
Frau Exner
Herr Gohr, H.
Herr Gohr, M.
Herr Greco
Frau Haase
Frau Hagling
Herr Hilgers
Herr Hofmann
Herr Hübinger
Frau Dr. Kanschat
Herr Kitzrow
Herr Küppers
Herr Küppersbusch
Frau Liebig
Herr Ludwig
Herr Martin
Frau Meulenkamp

ab 18:40 Uhr

Herr Mundt
Herr Niebuhr
Herr Otterbeck
Herr Piechotta
Herr Ratajczak
Herr Rodax
Herr Röhr
Frau Rolf
Frau Rotert
Herr Schaubruch
Herr Schiweck
Herr Schmidt
Herr Schmitz; K.
Herr Schmitz, M.
Herr Schneider, H.-D.
Herr Schneider, K.
Herr Schwarz
Frau Schween
Frau Spiekermann
Herr Stiegelmeier
Frau Tassioula
Herr Tonscheid
Herr Weise
Herr Wilke
Herr Zöllner

bis 19:05 Uhr

b) entschuldigt fehlen:

Herr Leonhard
Herr Oentrich
Herr Münchow
Frau Becker
Herr Conze
Herr Fülling

c) von der Verwaltung

Frau Weber
Frau Möller
Herr Bredtmann
Herr Blißebach
Herr Peitz
Herr Sauerwein
Herr Kocyan
Herr Stolz
Herr Bellingkrodt, VGV

d) von der Presse

Herr Kahle	WAZ
Herr Lüdecke	WZ
Frau Ramme	WDR – Studio Wuppertal -

e) als Gast

Herr Aukschun, Firma Deges	zu TOP 2
Herr Polster, RAe Beiten u. Burkhardt	zu TOP 3

f) als Schriftführer

Herr Frege

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt eine form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Da Änderungswünsche zur Tagesordnung nicht vorliegen, genehmigt der Rat folgende Tagesordnung:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Einführung eines neuen Ratsmitgliedes
2. Weiterbau der A 44 zwischen dem AK Ratingen-Ost und Heiligenhaus-Hofermühle (Präsentation Planungsstand)
3. Öffentlicher Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)
Direktvergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten
4. Anfragen
 - 4.1 Anfrage der Piraten Fraktion
Melderegisterauskünfte
 - 4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke
Unterbringung von Flüchtlingen
5. Antrag der Fraktion Die Linke
Resolution: Willkommenskultur für Velbert
6. Unterbringung von Flüchtlingen in Velbert
 - 6.1 Antrag der SPD-Fraktion
Unterbringung von Flüchtlingen in Velbert
Runder Tisch für Immobilienbesitzer/-innen
 - 6.2 Umbau und Nutzung des Gebäudes des ehemaligen St. Elisabeth Krankenhauses als Flüchtlingsunterkunft
7. Maßnahmenkatalog der CDU Fraktion Velbert und Erklärung der im Rat vertretenen Fraktionen für die nächste Sitzung des Rates
8. Resolution der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP, Piraten, SPD, UVB und Velbert anders
 - 8.1 Willkommenskultur in Velbert
9. Antrag der Fraktion Die Linke
Gesundheitskarte für Flüchtlinge
10. Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 639.01 - Flandersbacher Weg Nord -
hier: Landesbetrieb Straßenbau NRW - AS Wesel, mit Schreiben vom 19.09.2014 und 23.06.2015
11. Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 639.01 - Flandersbacher Weg Nord -
und dessen Begründung als Satzung gem. § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
12. Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 807.02 - Heiligenhauser Straße / Ernst-Moritz-Arndt-Straße -
 - 12.1 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 807.02 - Heiligenhauser Straße/ Ernst-Moritz-Arndt-Straße -
hier Stellungnahmen der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf vom 24.03.2015 und 07.07.2015

- 12.2 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 807.02 - Heiligenhauser Straße/ Ernst-Moritz-Arndt-Straße - hier: Stellungnahmen des Kreises Mettmann vom 13.04.2015 und 20.07.2015
13. Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 807.02 - Heiligenhauser Straße/ Ernst-Moritz-Arndt-Straße - und dessen Begründung als Satzung gem. § 13a Bau-gesetzbuch (BauGB)
14. Beschlussfassung über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 BauGB für das geplante Gewerbegebiet - Langenberger Straße -
15. Satzung über die 1. Verlängerung der Anordnung einer Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes Nr. 676 - Nordstraße West -
16. Änderung des § 12 der Hauptsatzung
17. Änderung des Zuständigkeitskataloges für die Ausschüsse des Rates der Stadt Velbert
18. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 GO NW
19. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 GO NW
Änderung des Linienweges der OV 2 zwischen dem ZOB und der Haltestelle "Am Nordpark"
20. Organisationsveränderung in der Verwaltung - Organisationsveränderung des Fachbereiches 3 aufgrund der Implementierung von Aufgaben der Velbert Marke-ting GmbH
21. Einsatz für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit
22. Einrichtung eines Schülerparlamentes in Velbert
23. Öffnungszeiten der Bezirksverwaltungsstelle Neviges
24. Vertragsänderung der Kooperationsvereinbarung zwischen den Städten Velbert und Heiligenhaus und dem Verein Die Schlüsselregion e.V.
25. Haushaltsangelegenheiten
- 25.1 Haushaltsangelegenheiten
Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 31.08.2015 zur Haushaltssatzung 2015/2016 der Stadt Velbert und zur dritten Fortschreibung des Haushaltssanie-rungsplans für die Jahre 2012 bis 2017.
- 25.2 Bewirtschaftungsverfügung zum Doppelhaushalt 2015/2016
- 25.3 Bericht zum II. Quartal 2015
- 25.4 Haushaltsangelegenheiten
hier: Stand der HSP-Maßnahmen zum II. Quartal 2015
- 25.5 Bericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse der Stadt Velbert zum 31.12.2013 und 31.12.2014 und Entlastung des Bürgermeisters
- 25.6 Jahresabschluss der Stadt Velbert zum 31.12.2014
Behandlung des Jahresfehlbetrags
26. Risikomanagement
27. Bewerbung der Stadt Velbert als "Fairtrade-Town" im Rahmen der Internationalen Kampagne "Fairtrade-Town" von TransFair e.V.
28. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH
- 28.1 Berichtigung des Beschlusses über die Feststellung des Jahresabschlusses 2013 des Kultur- und Veranstaltungsbetriebes Velbert
- 28.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2014 des Kultur- und Veranstaltungsbetrie-bes Velbert
29. Umbesetzungen von Gremien

- 29.1 Bergische Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG)
- 29.2 Verein zur Förderung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e.V. (AWRW)
- 29.3 Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal (AWG)
- 29.4 Bergisch-Rheinischer Wasserverband (BRW)
- 29.5 Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH (DBV)
30. Neuwahlen zu den Ausschüssen
- 30.1 Neuwahlen zu den Ausschüssen
- 30.2 Neuwahlen zu den Ausschüssen
Abbestellung von beratenden Ausschussmitgliedern
- 30.3 Bestimmung der Ausschussvorsitzenden / des Ausschussvorsitzenden für den Sozialausschuss
- 30.4 Bestimmung der Ausschussvorsitzenden / des Ausschussvorsitzenden für den Betriebsausschuss "Kultur- und Veranstaltungsbetrieb"
31. Antrag der CDU-Fraktion und der Piraten
- Ausbau von Bürgerdatennetzen -
32. Antrag der Fraktion Piraten Partei
Überprüfung der alten Feuerwache Neviges - Neue Unterbringung DRK Neviges
33. Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Piraten Fraktion
Prüfung der Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens
34. Nachträge
35. Mitteilungen der Verwaltung
36. Verschiedenes
- B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG
37. Erteilung von Prüfaufträgen durch den Rechnungsprüfungsausschuss an die Stabsstelle Rechnungsprüfung
38. Personalangelegenheit
39. Grundstücksangelegenheit
40. Übernahme von Bürgschaften
41. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH
- 41.1 Eigenkapital unterstützende Maßnahmen für die Wobau
42. Baumaßnahme Bürgerhaus Langenberg
43. Nachträge
44. Mitteilungen der Verwaltung
45. Verschiedenes
46. Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Tagesordnung:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Einführung eines neuen Ratsmitgliedes

Vorlage: 317/2015

Nachdem sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben haben wird Herr Matthias Gohr vom Bürgermeister wie folgt verpflichtet:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde."

2. Weiterbau der A 44 zwischen dem AK Ratingen-Ost und Heiligenhaus-Hofermühle (Präsentation Planungsstand)

Herr Aukschun erläutert anhand eines Planes den derzeitigen Ausbaustand der A 44. Insbesondere weist er auf noch zu erstellende Bauwerke (Brückenbauwerke, Regenrückhaltebecken und Anschlussfahrbahnen für den Anschluss an die A 3 etc.) am westlichen Ausbauende der A 44 hin. Seitens der DEGES sei angestrebt, die Bauarbeiten bis Ende 2019 beendet zu haben. Im Jahr 2020 sei dann mit der endgültigen Fertigstellung zu rechnen. Diese Angaben seien aber zurzeit nur Schätzungen. Im Anschluss an seine Ausführungen beantwortet Herr Aukschun Fragen der Ratsmitglieder.

3. Öffentlicher Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) Direktvergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten

Vorlage: 370/2015

Nach einer kurzen Erläuterung durch Herrn Bellingkrodt, VGV, fasst der Rat folgenden Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Velbert beabsichtigt, die Verkehrsgesellschaft der Stadt Velbert mbH (VGV) für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis zum 31.12.2026 mit der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen des ÖPNV auf dem Gebiet der Stadt Velbert und mit Zustimmung der mitbedienten Aufgabenträger auf deren Gebieten im Wege der Direktvergabe an einen internen Betreiber nach Art. 5 Abs. 2 VO (EG) 1370/2007 und nach Maßgabe des VRR—Finanzierungssystems zu betrauen.
2. Der Umfang der von der VGV ab 2017 fahrplanmäßig zu erbringenden Verkehrsleistungen auf dem Gebiet der Stadt Velbert und den Gebieten der mitbedienten Aufgabenträger orientiert sich an dem in 2015 bestehenden Verkehrsangebot. Der öffentliche Dienstleistungsauftrag wird die Möglichkeiten politisch gewollter Leistungsänderungen vorsehen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, in Abstimmung mit der VGV und – soweit erforderlich – in Abstimmung mit dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein Ruhr und den mitbedienten Aufgabenträgern alle für die Durchführung der Direktvergabe nach Art 5 Abs. 2 VO (EG) 1370/2007 erforderlichen Erklärungen abzugeben und Hand-

lungen vorzunehmen, insbesondere die Absicht der Direktvergabe im Rahmen einer Vorabkennzeichnung nach Art. 7 Abs.2 VO (EG) 1370/2007 umgehend im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen und den öffentlichen Dienstleistungsauftrag im Einklang mit den Vorgaben der VO 1370/2007 näher auszugestalten.

4. Die Verwaltung wird ferner ermächtigt, an der Betrauung benachbarter Verkehrsunternehmen durch deren Eigentümerkommunen nach Maßgabe des VRR-Finanzierungssystems mitzuwirken, insbesondere die hierfür erforderlichen Zustimmungen zu erteilen, soweit das Gebiet der Stadt Velbert betroffen ist.
5. Die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH (BVG) werden beauftragt, durch Beschluss in der Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung der BVG anzuweisen, ihrerseits die Geschäftsführung der Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Velbert mbH (VVH) auf der Grundlage des bestehenden Beherrschungsvertrags anzuweisen, ihrerseits wiederum die Geschäftsführung der VGV auf der Grundlage des Beherrschungsvertrags zwischen VVH und VGV anzuweisen, diesen Ratsbeschluss verbindlich zu beachten.
6. Die Ratsbeschlüsse vom 07.03.2006 sowie 28.04.2015 zur ÖSPV—Finanzierung (Drucksachen Nr. 102/2006 und Drucksachen Nr. 195/2015) und zur Aufgabenübertragung auf den Zweckverband VRR vom 28.04.2015 (Drucksachen Nr. 195/2015) bleiben unberührt.

4. Anfragen

4.1 Anfrage der Piraten Fraktion

Melderegisterauskünfte

Vorlage: 423/2015

Die Beantwortung der Anfrage der Piraten-Fraktion durch die Verwaltung (Anlage zur Niederschrift) wird ohne weitere Beratung zur Kenntnis genommen.

Antrag:

1. Wie viele Anfragen an die Meldebehörden bezüglich Auskunftserteilung gab es insgesamt?
2. Wie viele dieser Anfragen auf Auskunftserteilung von Melderegisterdaten wurden abgelehnt?
3. Wie viele Bürger der Stadt Velbert haben der Weitergabe ihrer Daten widersprochen und in welchem Umfang?
4. Wie hoch waren die Einnahmen durch Melderegisterauskünfte?
5. Wie hoch sind die Gebühren der Stadtverwaltung für die Bearbeitung und Beantwortung einer solchen Auskunft ?
6. Ist die Höhe der Gebühr abhängig von der Anzahl der getätigten Anfragen?
7. Wann ist die Gebührenhöhe zum letzten Mal angepasst worden?
8. Wie hoch müsste nach Ansicht der Verwaltung eine Gebührenanpassung ausfallen, um gestiegene Personalkosten seit der letzten Gebührenanpassung zu kompensieren?
9. Wie viele Melderegisterauskünfte wurden an Private erteilt?
10. Wird der Anfragende und die Anfrage in Zusammenhang mit der Person gespeichert, so dass nachvollziehbar ist, wer etwas über eine Person erfragt hat?

11. .An welche öffentlich-rechtlichen Träger wurden Auskünfte erteilt?
12. .Welche Parteien haben in welchem Umfang Melderegisterauskünfte angefragt?
13. An welche eingetragenen öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften wurden in welchem Umfang Auskünfte erteilt?
14. Welche Strafverfolgungsbehörden haben auf Melderegisterdaten zugegriffen?
15. Wie viele Personen haben von ihrer Widerspruchsmöglichkeit gegen eine Datenübermittlung an das Bundesamt für Wehrverwaltung gem. § 18 Abs. 7 Melde-rechtsrahmengesetz Gebrauch gemacht?

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke Unterbringung von Flüchtlingen

Vorlage: 357/2015

Die Anfrage wird zusammen mit TOP 6 beraten.

5. Antrag der Fraktion Die Linke Resolution: Willkommenskultur für Velbert

Vorlage: 428/2015

Es erfolgt keine Beratung des nachstehenden Antrages. Die Thematik wird zus. mit TOP 8.1 beraten.

6. Unterbringung von Flüchtlingen in Velbert

Vorlage: 402/2015 1. Ergänzung

Von einer Sprecherin der Fraktion Die Linke wird bedauert, dass am Hixholzer Weg lediglich ein Haus zur Aufnahme von Flüchtlingen umgebaut werde. Ein weiteres Gebäude befinde sich ebenfalls in einem nicht zumutbaren Zustand.

Der Bürgermeister erwidert, dass das angesprochene Gebäude durchaus noch nutzbar sei. Zurzeit können leider nur die dringendsten Aufgaben erledigt werden.

Von der Fraktion Velbert anders wird um Vorlage der neuesten Kostenberechnungen gebeten. Es bestehe Anlass zur Sorge, dass der Haushalt diese Steigerungen nicht mehr verkrafte.

Dez. I entgegnet, dass zurzeit neue Berechnungen unter Berücksichtigung der jetzt bereits bekannten Tatsachen aus dem Flüchtlingsgipfel in Berlin erstellt würden.

Da eine Umsetzungsvorschrift seitens des Landes NRW fehle, hoffe die Verwaltung, dass der diskutierte Pro-Kopf-Betrag in Höhe von 670,— € mtl. ungekürzt an die Gemeinden in NRW weitergegeben werde.

Auf eine Nachfrage aus der Fraktion Velbert anders, wie sich die Situation bei den bereits abgelehnten Asyl-Anträgen von Flüchtlingen handele, führt der Bürgermeister aus, dass noch alle Flüchtlinge vor Ort seien. Abschiebungen seien zurzeit nicht durchgeführt worden.

Die Bündnis 90 / Die Grünen -Fraktion weist auf die nach ihrer Ansicht unhaltbaren Zustände in den Notunterkünften hin. So seien teilweise keine Trennwände vorhanden, um ein Mindestmaß an Privatsphäre zu ermöglichen. Insbesondere die Kinder seien hiervon betroffen.

Anschließend wird folgender Beschluss gefasst:

Der Rat stimmt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Unterbringung von Flüchtlingen in Velbert zu:

- Umbau und Nutzung des ehemaligen Verwaltungsgebäudes Lindenkamp 31, 42551 Velbert, und des ehem. St. Elisabeth Krankenhauses, Tönisheider Str. 24, 42553 Velbert, als Flüchtlingsunterkünfte,
- Sanierung und Nutzung des städt. Gebäudes Hixholzer Weg als Flüchtlingsunterkunft,
- Prüfung des Neubaus von Flüchtlingsunterkünften durch ein Wohnungsbauunternehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**6.1 Antrag der SPD-Fraktion
Unterbringung von Flüchtlingen in Velbert
Runder Tisch für Immobilienbesitzer/-innen**
Vorlage: 432/2015

Es erfolgt folgender einstimmige Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Runden Tisch für Immobilienbesitzer/-innen einzuberufen, um diese als Vermieter/ -innen für Wohnungen für Flüchtlinge und Asylbewerber/-innen zu gewinnen.

6.2 Umbau und Nutzung des Gebäudes des ehemaligen St. Elisabeth Krankenhauses als Flüchtlingsunterkunft
Vorlage: 434/2015

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die notwendigen investiven Mittel zur Herrichtung des Gebäudes des ehemaligen St. Elisabeth Krankenhauses als Flüchtlingsunterkunft in einer Größenordnung von bis zu 425.000 € überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

7. Maßnahmenkatalog der CDU Fraktion Velbert und Erklärung der im Rat vertretenen Fraktionen für die nächste Sitzung des Rates
Vorlage: 414/2015

Wir beantragen den unten aufgeführten Maßnahmenkatalog und bitten darum, eine Erklärung gegen Fremdenfeindlichkeit in Velbert zu verfassen, mit dem Ziel, diese von allen im Rat vertretenden Fraktionen unterzeichnen zu lassen, im Rat zu verabschieden und zu veröffentlichen.

- **Dezentrale Verteilung**

Wie bereits 2007 in einem Antrag der CDU an den Rat der Stadt Velbert formuliert muss eine Verteilung der Flüchtlinge gleichmäßig auf alle Stadtbezirken erfolgen.

- **Installation eines Runden Tisches für Flüchtlingsfragen**
Die Angebote der Organisationen und Einrichtungen müssen deutlich stärker vernetzt und synchronisiert werden. Daher sind wir für die Initiierung eines Runden Tisches mit allen Organisationen, die sich mit Flüchtlingen beschäftigen.
- **Ressortübergreifende/r Flüchtlingsbeauftragte/r in der Stadtverwaltung**
Einsetzung einer/eines Flüchtlingsbeauftragten. Die Aufgaben sollten sein: Vernetzung des Themenkomplexes über alle Fachbereiche hinweg, Leitung des Runden Tisches, Ansprechpartner in Sachen Unterbringung, Gesundheitsvorsorge, Schaffung einer Willkommens-Systematik, Integration in Schulen und Kitas, Koordination der ehrenamtlichen Hilfsangebote sowie Öffentlichkeitsarbeit. Ziel ist es, die Angebote der Organisationen und Einrichtungen deutlich stärker zu vernetzen und abzustimmen.
- **Dezentrales Wohnungsmodell**
Weitere Umsetzung des dezentralen Wohnungs-Modells in Velbert wie bereits erfolgt. Gezielt Kooperationen mit Wohnungsbaugenossenschaften und –gesellschaften suchen.
Darüber hinaus auch verstärktes Anmieten von privatem Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt. Unterbringungsmodelle, die Segregation fördern vermeiden. Wir können uns auch den Bau von Übergangwohnheimen vorstellen, da der Bau von Gebäuden mit der Optionen für Folgenutzungen sinnvoller erscheint, als überhöhte Preise und sehr lange Wartezeiten für Container in Kauf zu nehmen.
- **Betreuung durch Sozialarbeiter und Hausmeister als Ansprechpartner vor Ort**
Neben der Akquirierung von Wohnungen müssen für die Betreuung der jeweiligen Hausgemeinschaften Sozialarbeiter und Hausmeister zur Verfügung gestellt werden bzw. eingestellt werden. Dieses sollte möglichst im Kontext der Stadtteilsozialarbeit geschehen.
- **Information der Nachbarschaft und Nachbarschaftshilfe initiieren**
Von großer Bedeutung ist die Schaffung von Informationsmöglichkeiten für die Nachbarn von Flüchtlingsunterkünften, nur durch Verständnis und Sensibilisierung wird es zu Nachbarschaftshilfe im Quartier kommen.
- **Info-Paket für Flüchtlinge**
Implementierung eines Info-(Willkommens)-Paketes für Flüchtlinge. Dies sollte folgende Dinge beinhalten: Ansprechpartner, Orientierungskurse, Stadtführung, Erklär-Videos über einen eigenen YouTube-Kanal, Infos zum Spracherwerb und Schulbildung, Infos zur möglichen Arbeitsaufnahme und Infos zu allg. Beratungsmöglichkeiten vor Ort.
- **verpflichtende Sprachkurse**
Schaffung von nachhaltigen Sprachkurs-Angeboten in Velbert. Kinder erlernen die neue Sprache schnell durch den Besuch von Kindergärten und Schulen. Sobald allerdings die Schulpflicht beendet ist, wird es schon sehr viel schwieriger. Vor diesem Hintergrund ist die Ausweitung von Kursen zukunftsentscheidend. Die erwachsene Generation darf nicht verloren gehen!
- **Ausreichende Personalausstattung**
Im Bereich „Unterbringung und Leistung (Krankenhilfe, Bildung und Teilhabe)“ im Fachbereich 5. – Jugend, Familie und Soziales
- **Umfassendes Sicherheitskonzept von Polizei und Ordnungsbehörde**

Erarbeitung eines auf Prävention basierenden Sicherheitskonzeptes von Ordnungsamt und Polizei.

- **„Willkommen bei Freunden“ - Förderprogramm**
der Deutschen Kinder - und Jugendstiftung nutzen und Projekte beantragen. Zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde das Programm ins Leben gerufen. Ziel ist es, Kommunen bei der Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher zu unterstützen.
- **Schulentwicklungsplanung anpassen**
Bis vor einigen Monaten gingen wir aufgrund der demographischen Entwicklung von sinkenden Schülerzahlen aus, nunmehr müssen wir nun Schulkinder aus Flüchtlingsfamilien in der Schulentwicklungsplanung berücksichtigen. Das birgt Chancen für alle Schulformen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

8. **Resolution der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP, Piraten, SPD, UVB und Velbert anders**

Vorlage: 393/2015

Eine Beratung erfolgt gemeinsam mit TOP 8.1

8.1 **Willkommenskultur in Velbert**

Vorlage: 438/2015

Nach einer umfänglichen Erörterung und Diskussion ergeht folgender Beschluss:

Der Rat der Stadt Velbert verabschiedet folgende Resolution:

Die außergewöhnlich hohe und weiter ansteigende Zahl der asylbegehrenden Flüchtlinge ist nicht nur für Deutschland und das übrige Europa eine große Herausforderung, sondern auch für die Kommunen und somit auch für die Stadt Velbert. Zu den Herausforderungen zählen insbesondere die sichere Unterbringung dieser Menschen und ihre Integration in die Gesellschaft. Wertvolle Unterstützung leistet in unserer Stadt dabei unser vorbildliches und funktionierendes Gemeinwesen sowie die Willkommenskultur der Velberter Bürgerinnen und Bürger.

In dieser Situation stehen Bürgermeister Dirk Lukrafka, der Verwaltungsvorstand, alle Mitglieder des Velberter Stadtrates und die Verwaltung gemeinsam zu ihrer Verantwortung, Menschen in Velbert Zuflucht zu gewähren. Diese Menschen sind bei uns willkommen, unabhängig von ihrer Religion, ihrem Geschlecht oder ihrer Hautfarbe.

Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass Velbert ein sicherer Ort für Menschen ist, denen in ihren Heimatländern das Recht auf Leben, Gesundheit, Nahrung und kulturelle Identität faktisch verwehrt wird. Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, den asylbegehrenden Flüchtlingen Unterkunft, Ernährung und medizinische Hilfe zu gewähren. Wir werden alles tun, um ein friedliches und geordnetes Miteinander in guter Nachbarschaft zu ermöglichen. Die jetzige schwierige Situation werden wir konstruktiv begleiten, sind aber auch dazu da, die Sorgen und Ängste von Bürgerinnen und Bürgern ernst zu nehmen.

Wir danken allen Velberter Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere den zahllosen Helferinnen und Helfern für ihren Einsatz. In den Dank schließen wir ausdrücklich die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung ein, welche sich in diesen Tagen über ihre Dienstpflichten hinaus engagieren.

Wir distanzieren uns von allen Äußerungen und Verlautbarungen, die asylbeherrnde Flüchtlinge verunglimpfen und zum Widerstand gegen die Errichtung von entsprechenden Unterkünften aufrufen. Velbert bietet keinen Platz für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Velbert ist ein Ort der Vielfalt, Toleranz, Offenheit und aktiver Mithilfe. Alle Bürgerinnen und Bürger rufen wir dazu auf, allen Äußerungen und Aktivitäten zur Herabsetzung von asylbeherrnden Flüchtlingen entschieden entgegen zu treten und sich aktiv für die Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft einzusetzen.

Gleichzeitig erwarten wir von diesen Menschen, dass sie unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Verfassung und die Gesetze akzeptieren und leben. Den Worten unseres Bundespräsidenten Joachim Gauck* schließen wir uns an und sagen ihnen deutlich: „Wir wollen in diesem Land keinen religiösen Fanatismus. ... Der Rechtsstaat duldet keine Gewalt. Wir leben hier in einem Land des Rechts und der Freiheit, der Menschenrechte und der Gleichberechtigung der Geschlechter. Es kann auch das Ihre werden.“

(*27. September 2015, Auftakt der 40. Interkulturellen Woche in Mainz)

Beratungsergebnis: 52 Stimmen dafür, 3 dagegen (Velbert anders),
1 Enthaltung (Velbert anders)

9. Antrag der Fraktion Die Linke
Gesundheitskarte für Flüchtlinge
Vorlage: 421/2015

Nach einer umfangreichen Erörterung ergeht folgende Empfehlung:

Die Thematik einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge ist noch einmal im Sozialausschuss zu beraten. Hierzu hat die Verwaltung belastbare Zahlen vorzulegen. Weiterhin wird eine klare Aussage zu den Beitrittsmodalitäten erwartet.

10. Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 639.01 - Flandersbacher Weg Nord - hier: Landesbetrieb Straßenbau NRW - AS Wesel, mit Schreiben vom 19.09.2014 und 23.06.2015

Vorlage: 342/2015

Es ergeht folgender Beschluss:

Der Stellungnahme des Landesbetriebs Straßenbau NRW wird dahingehend gefolgt, dass der Bebauungsplan um den Hinweis auf die gesetzliche Werbeverbotszone entlang der Landesstraße 426 (Flandersbacher Weg) ergänzt wird.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

11. Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 639.01 - Flandersbacher Weg Nord - und dessen Begründung als Satzung gem. § 13a Baugesetzbuch (BauGB)

Vorlage: 343/2015

Der Rat fasst den nachstehenden Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den Beteiligungen der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1 und 2 sowie § 4 Abs. 1 und 2 BauGB, dargelegt in Teil III der Bebauungsplanbegründung wird gefolgt
2. Der Begründung gem. § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan Nr. 639.01 – Flandersbacher Weg Nord – wird zugestimmt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 639.01 – Flandersbacher Weg Nord – wird als Satzung beschlossen. Das Verfahren wurde nach § 13 a BauGB durchgeführt.
4. Der Bebauungsplan Nr. 639.01 – Flandersbacher Weg Nord – ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen der bestehenden Bebauungspläne Nr. 639 – Dalbecksbaum – und Nr. 638 – Jupiterstraße – und Nr. 638.01 – 1. Änderung.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

12. Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 807.02 - Heiligenhauser Straße / Ernst-Moritz-Arndt-Straße -

12.1 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 807.02 - Heiligenhauser Straße/ Ernst-Moritz-Arndt-Straße - hier Stellungnahmen der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf vom 24.03.2015 und 07.07.2015

Vorlage: 345/2015

Ein Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erläutert die ablehnende Haltung seiner Fraktion zum Beschlussvorschlag.

Sodann ergeht folgender Beschluss:

Den Anregungen der IHK die textliche Festsetzung Nr. 4 um den Begriff „im Baugenehmigungsverfahren“ zu ergänzen sowie in der Begründung zum Bebauungsplan noch einmal verdeutlicht darzustellen, dass eine Prüfung der städtebaulichen Atypik im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens erfolgt, wird gefolgt.

Der Anregung, die textliche Festsetzung Nr. 4 in einen Hinweis umzuwandeln, wird nicht gefolgt.

Beratungsergebnis: 49 Stimmen dafür, 8 dagegen (Bündnis 90 / Die Grünen; Piraten)

12.2 Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 807.02 - Heiligenhauser Straße/ Ernst-Moritz-Arndt-Straße - hier: Stellungnahmen des Kreises Mettmann vom 13.04.2015 und 20.07.2015

Vorlage: 346/2015

Es ergeht folgender Beschluss:

Den Stellungnahmen der Unteren Bodenschutzbehörde und des Kreisgesundheitsamtes wird gefolgt.

Der Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde wird nicht gefolgt.

Die weiteren Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: 49 Stimmen dafür, 8 dagegen (Bündnis 90 / Die Grünen; Piraten)

13. Beschlussfassung über den Bebauungsplan Nr. 807.02 - Heiligenhauser Straße/ Ernst-Moritz-Arndt-Straße - und dessen Begründung als Satzung gem. § 13a Baugesetzbuch (BauGB)

Vorlage: 347/2015

Es wird folgender Beschluss gefasst:

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den Beteiligungen der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 3 Abs. 1 und 2 sowie § 4 Abs. 1 und 2 BauGB, dargelegt in Teil III der Bebauungsplanbegründung, wird gefolgt.
2. Der Begründung gem. § 9 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan Nr. 807.02 – Heiligenhauser Straße/ Ernst-Moritz-Arndt-Straße – wird zugestimmt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 807.02 – Heiligenhauser Straße/ Ernst-Moritz-Arndt-Straße – wird als Satzung beschlossen. Das Verfahren wurde nach § 13 a BauGB durchgeführt.

4. Der Bebauungsplan Nr. 807.02 – Heiligenhauser Straße/ Ernst-Moritz-Arndt-Straße – ersetzt bei Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich die Festsetzungen des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 807 – Wordenbecker Weg – 1. Änderung Teil 1 und des zugehörigen Durchführungsvertrags.

Beratungsergebnis: 49 Stimmen dafür, 8 dagegen (Bündnis 90 / Die Grünen; Piraten)

14. Beschlussfassung über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 BauGB für das geplante Gewerbegebiet - Langenberger Straße -
Vorlage: 16/2015

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erläutert die ablehnende Haltung ihrer Fraktion. So sei zu bedauern, dass wieder Grünflächen einer Gewerbefläche weichen müsste. Weiterhin führt sie aus, dass die Entwässerung der Fläche sicher nicht einfach sei.

Eine Sprecherin der Fraktion Die Linke führt aus, dass ihre Fraktion ebenfalls nicht dem Beschlussvorschlag zustimmen könne, da sie insbesondere die dort vorgesehene Möglichkeiten von Enteignungen ablehne.

Der Bürgermeister weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Anfragen zu Gewerbeflächen ohne eine Flächenvorhaltung nicht umsetzbar seien. Es drohe im schlimmsten Fall auch die Gefahr einer Abwanderung von Arbeitsplätzen. Zur Zeit könne die Stadt keine großen zusammenhängenden Flächen am Markt anbieten. Der Sprecher der CDU-Fraktion schließt sich den Ausführungen des Bürgermeisters an und ergänzt, dass er für eine Flächenbewirtschaftung plädiere, die auch neue Arbeitsplätze für Velbert bedeuten könne.

Aus der SPD-Fraktion wird ausgeführt, dass die Fraktion hinter dem Beschlussvorschlag stehe und zustimmen werde. Auch die Fraktion Velbert anders signalisiert Zustimmung, da man sich eine weitere Verzögerung nicht erlauben könne.

Vom Sprecher der FDP-Fraktion wird noch einmal die notwendige Reihenfolge im Verfahren dargelegt (1. Voruntersuchung, 2. Ergebnisse, 3. Entscheidung).

Zu der von Frau Dr. Kanschä (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) angesprochenen Entwässerung der Fläche führt der Vorstand der TBV, Herr Güther, aus, dass es sich hierbei um eine kostenintensive Maßnahme handle und bereits in der Entwässerungsplanung berücksichtigt sei.

Sodann fasst der Rat folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Velbert erklärt aus besonderem öffentlichen Interesse seine Absicht, für den Bereich Langenberger Straße eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach den §§ 165 ff. BauGB vorzubereiten und durchführen zu wollen. Vorrangige Zielsetzung ist dabei die einheitliche Vorbereitung und zügige Durchführung der anstehenden Entwicklung der derzeit überwiegend noch landwirtschaftlich genutzten Grundstücke zu einem Gewerbestandort, unter Berücksichtigung des in Velbert bestehenden erhöhten Bedarfes an Arbeitsstätten. Der Beginn der vorbereitenden Untersuchungen gem. § 165 Abs. 4 i. V. m. § 141 Baugesetzbuch für das geplante Gewerbegebiet – Langenberger

Straße – wird daher beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die nötigen Schritte und Maßnahmen anzugehen.

Folgende Grundstücke sind von den vorbereitenden Untersuchungen betroffen:

Gemarkung 3282 / Velbert, Flur 52, Flurstücke: 248, 249, 250, 253/1, 261/1, 261/2, 1805, 2117, 2209, 2210, 2213, 2214, 2910, 2300, 2304, 2315, 2317, 2318, 2319, 2333, 2368, 2595, 2598, 3025, 3120, 3121, 3122, 3123.

Beratungsergebnis: 46 Stimmen dafür, 11 dagegen (Bündnis 90 / Die Grünen; Die Linke, Piraten)

15. Satzung über die 1. Verlängerung der Anordnung einer Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes Nr. 676 - Nordstraße West -

Vorlage: 322/2015

Es ergeht folgender Beschluss:

Die Anordnung einer Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 676 – Nordstraße West – wird um ein Jahr verlängert.

Beratungsergebnis: 56 Stimmen dafür, 1 Enthaltung (Piraten)

16. Änderung des § 12 der Hauptsatzung

Vorlage: 313/2015

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Rat der Stadt Velbert hat in seiner Sitzung vom _____ aufgrund des § 7 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NW. S. 666/SGV. NW.2023), zuletzt geändert durch Artikel 2 G zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 25.06.2015 (GV.NRW.S. 496), folgende

Satzung
zur Änderung der
Hauptsatzung der Stadt Velbert
beschlossen:

I.

In § 12 der Hauptsatzung wird geändert:

In Abs. 1 unter Ziffer 4 wird die Ausschussbezeichnung „Ausschuss für Wirtschaftsförderung“ in „Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing“ geändert.

II.

Diese Satzung tritt mit dem Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Beratungsergebnis: 50 Stimmen dafür, 7 dagegen (Bündnis 90 / Die Grünen)

17. Änderung des Zuständigkeitskataloges für die Ausschüsse des Rates der Stadt Velbert

Vorlage: 369/2015

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Zuständigkeitskatalog für die Ausschüsse des Rates der Stadt Velbert wird wie folgt geändert:

I.**Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing****Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing regelt insbesondere folgende Angelegenheiten endgültig:**

- a. Leitlinien und Strategien der Wirtschaftsförderung, soweit nicht wegen der besonderen Bedeutung der Rat entscheidet,
- b. Arbeitsschwerpunkte der Wirtschaftsförderung,
- c. Maßnahmenplanung im Bereich der Wirtschaftsförderung,

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing berät insbesondere folgende Angelegenheiten vor:

- a. Leitlinien und Strategien der Wirtschaftsförderung, soweit der Rat wegen der besonderen Bedeutung die Entscheidung trifft,
- b. Haushaltsplan und Investitionsprogramm, soweit sie den Bereich der Wirtschaftsförderung betreffen,
- c. Arbeitsschwerpunkte der Wirtschaftsförderung im Rahmen der Haushaltsplanung,
- d. Erwerb und Veräußerung von Immobilien, die für die Belange der Wirtschaftsförderung von Relevanz sind, soweit der Grundstückspreis 300.000,- € übersteigt,
- e. Beschlussvorlagen über die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bauleitplänen gem. § 2 Abs. 1 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) sowie über den ausgearbeiteten Planentwurf und seine öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB), soweit Belange der Wirtschaft betroffen sind,
- f. Stellungnahmen der Stadt zu örtlichen und überörtlichen Verkehrsplanungen, Entwicklungsplanungen (Raum- und Regionalplanungen), Verkehrsentwicklungsplanungen und sonstigen Planungsvorhaben, soweit Belange der Wirtschaft betroffen sind.
- g. Angelegenheiten der städtischen Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings / der Stadtwerbung von grundsätzlicher Bedeutung
- h. Erstellung von Maßnahmenprogrammen der kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
- i. Struktur und Entwicklung gewerblicher und industrieller Bauflächen sowie ihre Vermarktung

- j. Beratung über infrastrukturpolitisch und wirtschaftlich relevante Themenstellungen auf örtlicher Ebene
- k. Imageverbesserung der Stadt
- l. Zusammenarbeit mit der Hochschuleinrichtung und Vernetzung mit der örtlichen Wirtschaft

II.

Die Änderung des Zuständigkeitskataloges wird mit sofortiger Wirkung wirksam.

Beratungsergebnis: 50 Stimmen dafür, 7 dagegen (Bündnis 90 / Die Grünen)

18. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 GO NW**

Vorlage: 319/2015

Der Rat fasst folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Velbert genehmigt die nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 GO NW des Bürgermeisters Herrn Lukrafka und des Ratmitgliedes und stellvertretenden Bürgermeisters Herrn Münchow vom 24.06.2015:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die notwendigen investiven Maßnahmen zur Herrichtung der Immobilie Hixholzer Weg 12-14 zum Zwecke einer Flüchtlingsunterkunft in einer Größenordnung von 450.000 € umzusetzen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

19. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 GO NW Änderung des Linienweges der OV 2 zwischen dem ZOB und der Haltestelle "Am Nordpark"**

Vorlage: 328/2015

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Rat der Stadt Velbert genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 GO NW des Bürgermeisters Herrn Lukrafka und des Ratmitgliedes Herrn Arshad vom 08.07.2015.

Um die bestehenden, verkehrlichen Konflikte an den Knotenpunkt Schloßstraße / Schwanenstraße durch Abbiegeverkehre des ÖPNV nicht zu potenzieren, soll der im Rahmen der Vorlage 373/2014 beschlossene Linienverlauf der OV 2 zum September 2015 zwischen dem ZOB und der Haltestelle „Am Nordpark“ eine Anpassung erfahren.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

20. Organisationsveränderung in der Verwaltung - Organisationsveränderung des Fachbereiches 3 aufgrund der Implementierung von Aufgaben der Velbert Marketing GmbH

Vorlage: 349/2015

Nach einer eingehenden Erörterung der Thematik und Beantwortung der Fragen aus dem Kreis des Rates wird die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

21. Einsatz für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit

Vorlage: 274/2015 1. Ergänzung

Ein Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, dass das kommunale Wahlrecht in seiner jetzigen Ausgestaltung eine der Säulen des gesellschaftlichen Lebens einer Gemeinde sei. Gegen die Ausdehnung des Wahlrechtes bestünden erhebliche juristische Bedenken. Weiterhin sei eine Gemeinde nicht für die Änderung des kommunalen Wahlrechtes zuständig.

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass es das kommunale Wahlrecht in einigen Ländern nicht nur für die Bürger, sondern auch für die Einwohner einer Gemeinde gebe. Es sei unverständlich, dass ein Einwohner Velberts erst zum Bürger Velberts werden müsse, damit seine Staatsbürgerschaft aufgeben und die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen müsse, um am politischen Leben teilzuhaben.

Auch ein Sprecher der Fraktion Die Linke führt aus, dass den ausländischen Mitbürgern die Mitwirkung in der Kommunalpolitik ermöglicht werden solle.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ergänzt dazu, dass eine Beteiligung auch das Interesse an der Gemeinde fördere und festige.

Nach einer weiteren Erörterung wird über den nachstehenden Beschlussvorschlag entschieden:

„Der Integrationsrat bittet den Rat der Stadt Velbert, Folgendes zu beschließen:
Der Rat der Stadt Velbert bittet die Verfassungskommission des Landes bei ihren Beratungen das Thema „Kommunales Wahlrecht für alle auf Dauer in NRW lebenden Migrantinnen und Migranten“ einzubeziehen und dem Landtag einen Vorschlag zur Änderung der Landesverfassung vorzulegen, der es ermöglicht, bis zur Kommunalwahl 2020 allen auf Dauer in NRW lebenden Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit das aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene einzuräumen.
Der Integrationsrat bittet den Bürgermeister und die Mitglieder des Stadtrates, sich landesweit in allen relevanten Gremien (z.B. kommunale Spitzenverbände) für die Einführung des kommunalen Wahlrechts einzusetzen.“

Beratungsergebnis: 25 Stimmen dafür,
29 Stimmen dagegen (CDU; Velbert anders; FDP; Piraten)

22. Einrichtung eines Schülerparlamentes in Velbert

Vorlage: 351/2015 1. Ergänzung

Der Bürgermeister führt aus, dass aufgrund der Diskussionen im Haupt- und Finanzausschuss auch die Berufskollegs bei der Bildung des Schülerparlamentes berücksichtigt werden.

Die Sprecher aller Fraktionen begrüßen diese neue Regelung und signalisieren ihre Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Der Sprecher der FDP-Fraktion, Herr Hilgers, führt aus, dass seine Fraktion grundsätzlich die Idee für gut befinde, die Richtlinien jedoch in einzelnen Punkten nicht dem entsprechen, was in der Begründung zum Beschlussvorschlag ausgeführt sei. Er mahne hier Nachbesserungen an, vorher könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Hierzu führt der Bürgermeister aus, dass es wichtig sei zu starten. Eine Überarbeitung der Richtlinien sei jederzeit möglich.

Es ergeht folgender Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Velbert beschließt vorerst für die Schuljahre 2015/2016 und 2016/2017 die Einrichtung eines Schülerparlamentes.
2. Der Rat der Stadt Velbert beschließt die anliegenden Richtlinien für das Schülerparlament.
3. Die Stadt Velbert unterstützt im Rahmen der finanziellen und personellen Ressourcen das Schülerparlament bei der Geschäftsführung.
4. Rechtzeitig vor Ablauf des Schuljahres 2016/2017 wird ein Erfahrungsbericht zur Beratung vorgelegt.

Beratungsergebnis: 53 Stimmen dafür, 4 dagegen (FDP)

23. Öffnungszeiten der Bezirksverwaltungsstelle Neviges

Vorlage: 427/2015

Die Sprecher der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen führen aus, dass ihre Fraktionen mit den Folgerungen aus der Mitteilungsvorlage nicht einverstanden seien. Ihr Ziel sei es, eine Änderung des derzeitigen Zustandes herbeizuführen.

Der Sprecher der Fraktion Velbert anders weist darauf hin, dass eine Änderung zurzeit nicht möglich sei. Man werde aber ebenfalls an einer Veränderung der derzeitigen Situation der Öffnungszeiten arbeiten.

Aus der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird der im BZA V.-Neviges gefasste Beschluss zu dieser Thematik zum Antrag für den Rat erhoben. Er lautet wie folgt:

„Der in der Sitzung vom 05.05.2015 gefasste Beschluss bzw. die Empfehlung des BZA-Neviges, dass die Bezirksverwaltungsstelle in Neviges wieder an zwei Tagen in der Woche geöffnet wird, wird sowohl an den Haupt- und Finanzausschuss als auch an den Rat der Stadt Velbert „transferiert“ um eine abschließende Entscheidung in der Sache zu erzielen.“

Es ergeht folgender Beschluss:

Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür (Bündnis 90 / Die Grünen; Die Linke),
39 dagegen, 8 Enthaltungen (Velbert anders; SPD)

24. Vertragsänderung der Kooperationsvereinbarung zwischen den Städten Velbert und Heiligenhaus und dem Verein Die Schlüsselregion e.V.

Vorlage: 353/2015

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Änderung der Kooperationsvereinbarung zwischen den Städten Velbert und Heiligenhaus und dem Verein Die Schlüsselregion e.V. vom 29.03.2007, erstmalig geändert am 01.01.2011 (Anlage 2), wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

25. Haushaltsangelegenheiten

25.1 Haushaltsangelegenheiten

Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 31.08.2015 zur Haushaltssatzung 2015/2016 der Stadt Velbert und zur dritten Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans für die Jahre 2012 bis 2017.

Vorlage: 392/2015

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

25.2 Bewirtschaftungsverfügung zum Doppelhaushalt 2015/2016

Vorlage: 426/2015

Der Stadtkämmerer weist drauf hin, dass die Bewirtschaftungsverfügung unmittelbar auf die Verfügung der Bez.-Reg. zurückzuführen sei (siehe Punkt 25.1). Die Verwaltung habe mit dieser Verfügung ein Controllingssystem eingeführt und werde ihre restriktive Haushaltsbewirtschaftung weiterhin fortführen.

Anschließend wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

25.3 Bericht zum II. Quartal 2015

Vorlage: 371/2015

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

25.4 Haushaltsangelegenheiten

hier: Stand der HSP-Maßnahmen zum II. Quartal 2015

Vorlage: 372/2015

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

25.5 Bericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse der Stadt Velbert zum 31.12.2013 und 31.12.2014 und Entlastung des Bürgermeisters

Vorlage: 374/2015

Die Sitzungsleitung wird vom 1. stellvertretenden Bürgermeister, Herrn Emil Weise, übernommen.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Dr. Bender, über die Prüfung der Jahresabschlüsse zum 31.12.2013 und 31.12.2014 sowie dem Vorschlag, dem Bürgermeister Entlastung zu erteilen, fasst der Rat folgenden Beschluss:

1. Gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW werden die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschlüsse zum 31.12.2013 und 31.12.2014 festgestellt.
2. Dem Bürgermeister wird Entlastung für die Jahresabschlüsse zum 31.12.2013 und 31.12.2014 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW erteilt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

25.6 Jahresabschluss der Stadt Velbert zum 31.12.2014 Behandlung des Jahresfehlbetrags

Vorlage: 380/2015

Der Bürgermeister übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Es ergeht folgender Beschluss:

Der im Jahresabschluss zum 31.12.2014 ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.250.221,08 € (19.333.548,14 € aus 2013 und 916.672,94 € aus 2014) wird wie folgt behandelt:

- | | |
|--|------------------|
| 1. Der Jahresüberschuss der Kriegerheimstättenstiftung zum 31.12.2013 in Höhe von | 24.176,88 € |
| wird gem. § 4 der Stiftungssatzung der Bürgerhaus Langenberg Stiftung dem Stiftungskapital der Bürgerhaus Langenberg Stiftung zugeführt. | |
| 2. Der Jahresüberschuss der Bürgerhaus Langenberg Stiftung in Höhe von | 24.884,50 € |
| aus 2014 wird der Stiftungsrücklage zugeführt. | |
| 3. Der Jahresüberschuss der Adalbert und Tilda Colzman Stiftung in Höhe von | 25.333,64 € |
| (21.093,13 € aus 2013 und 4.240,51 € aus 2014) wird der Stiftungsrücklage zugeführt. | |
| 4. Der Jahresüberschuss der Pleiß Stiftung in Höhe von | 1.528,00 € |
| (764,00 € aus 2013 und 764,00 € aus 2014) wird der Stiftungsrücklage zugeführt. | |
| 5. Der Jahresüberschuss der Kulturstiftung PRO VELBERT in Höhe von | 2.668,32 € |
| (816,50 € aus 2013 und 1.851,82 aus 2014) wird der Stiftungsrücklage zugeführt. | |
| 6. Der Jahresfehlbetrag des städt. Haushalts in Höhe von | -20.328.812,42 € |
| (-19.380.398,65 € aus 2013 und -948.413,77 € aus 2014) wird durch Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage gedeckt. | |
| nachrichtlich | -20.250.221,08 € |

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

26. Risikomanagement

Vorlage: 375/2015

Auf einen Hinweis aus der Fraktion Velbert anders, dass die Zahlen der Hilfe zur Pflege nicht nachvollziehbar seien, sagt der Bürgermeister eine Überprüfung und ggf. eine Korrektur dieser Zahlen zu.

Sodann wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

27. Bewerbung der Stadt Velbert als "Fairtrade-Town" im Rahmen der Internationalen Kampagne "Fairtrade-Town" von TransFair e.V.

Vorlage: 267/2015

Es ergeht folgender Beschluss:

Um eine Teilnahme an der Kampagne „Fairtrade-Towns“ zu ermöglichen, beschließt der Rat der Stadt Velbert folgende Vorgehensweise:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, an der Kampagne „Fairtrade-Towns“ teilzunehmen und in Zusammenarbeit mit der einzusetzenden Steuerungsgruppe die dafür erforderlichen Anträge zu stellen. Die für eine Verleihung des Titels erforderlichen Kriterien sind durch die Steuerungsgruppe zu recherchieren und zu erfüllen.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, künftig bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Bürgermeisterbüro Fairtrade-Kaffee auszuschenken sowie mindestens ein weiteres Produkt (bspw. Fairtrade Tee, Fairtrade Zucker, Fairtrade Kakao, Fairtrade Orangensaft) aus fairem Handel zu verwenden.

Beratungsergebnis: 53 Stimmen dafür, 3 dagegen (FDP), 1 Enthaltung (Piraten)

28. Angelegenheiten der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH

28.1 Berichtigung des Beschlusses über die Feststellung des Jahresabschlusses 2013 des Kultur- und Veranstaltungsbetriebes Velbert

Vorlage: 388/2015

Es ergeht folgender Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des KVBV für das Geschäftsjahr 2013 wird in der

Bilanzsumme mit 2.510.990,49 € und einem

Jahresverlust von 671.449,00 € festgestellt.

Der Jahresverlust wird durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen.

2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Beratungsergebnis: 54 Stimmen dafür, 3 dagegen (FDP),

28.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2014 des Kultur- und Veranstaltungsbetriebes Velbert

Vorlage: 376/2015

Es ergeht folgender Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des KVBV für das Geschäftsjahr 2014 wird in der

Bilanzsumme mit	39.499.766,96 € und einem
Jahresverlust von	550.011,75 € festgestellt.

Der Jahresverlust soll durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden.

2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Beratungsergebnis: 54 Stimmen dafür, 3 dagegen (FDP),

29. Umbesetzungen von Gremien

29.1 Bergische Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG)

Vorlage: 408/2015

Es ergeht folgender Beschluss:

Der Rat der Stadt Velbert entsendet Herrn Sven Lindemann mit Wirkung vom 01.01.2016 in den Aufsichtsrat der BEG. Herr Ralph Güther wird mit Wirkung vom 31.12.2015 aus dem Aufsichtsrat der BEG abberufen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

29.2 Verein zur Förderung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e.V. (AWRW)

Vorlage: 415/2015

Es wird folgender Beschluss gefasst:

1. Der Rat der Stadt Velbert entsendet Herrn Sven Lindemann mit Wirkung vom 01.01.2016 in den Vorstand des Vereins zur Förderung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e. V. (AWRW).
2. Herr Dipl. Ing. Bernhard Wieneck wird mit Wirkung vom 01.01.2016 zu seinem Stellvertreter bestimmt.
3. Herr Ralph Güther wird mit Wirkung vom 31.12.2015 aus dem Vorstand des AWRW abberufen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

29.3 Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Wuppertal (AWG)

Vorlage: 409/2015

Es ergeht folgender Beschluss:

Der Rat der Stadt Velbert entsendet Herrn Sven Lindemann mit Wirkung vom 01.01.2016 in den Aufsichtsrat der AWG. Herr Ralph Güther wird mit Wirkung vom 31.12.2015 aus dem Aufsichtsrat der AWG abberufen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

29.4 Bergisch-Rheinischer Wasserverband (BRW)

Vorlage: 416/2015

Es ergeht folgender Beschluss:

Der Rat der Stadt Velbert schlägt der Verbandsversammlung des BRW vor, als Nachfolger für Herrn Ralph Güther, Herrn Sven Lindemann mit Wirkung vom 01.01.2016 in den Vorstand des BRW zu entsenden und als dessen Vertreter Herrn Dipl.-Ing. Bernhard Wieneck zu bestimmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

29.5 Deponiebetriebgesellschaft Velbert mbH (DBV)

Vorlage: 407/2015

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Den vom Rat der Stadt Velbert entsandten Vertretern im Aufsichtsrat des Gesellschafters Stadtwerke Velbert GmbH wird vorgeschlagen, Herrn Sven Lindemann mit Wirkung vom 01.01.2016 als stimmberechtigtes Mitglied für den Aufsichtsrat der DBV zu benennen und Herrn Ralph Güther zum 31.12.2015 aus dem Aufsichtsrat der DBV abuberufen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

30. Neuwahlen zu den Ausschüssen

30.1 Neuwahlen zu den Ausschüssen

Vorlage: 330/2015

Der Sprecher der FDP-Fraktion führt aus, dass es zwischen seiner Fraktion und der CDU-Fraktion leider nicht zu einer einvernehmlichen Lösung bei der Besetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Velbert gekommen sei. Aus diesem Grunde werden die Mitglieder der FDP-Fraktion gegen jede Umbesetzung für die nachfolgend aufgeführten Gremien stimmen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion teilt hierzu mit, dass es ihm in der Kürze der Zeit leider nicht möglich gewesen sei, eine Entscheidung über die Abberufung eines CDU-Ratsmitgliedes aus dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Velbert zugunsten eines FDP-Ratsmitgliedes zu treffen. Notfalls müsse die Entscheidung über die Umbesetzung in der nächsten Ratssitzung getroffen werden.

Aus der SPD-Fraktion wird der Hinweis gegeben, dass auch sie von der möglichen Nichtzustimmung zu den Umbesetzungen betroffen sei. Eine Verschiebung der Entscheidung auf die Sitzung des Rates am 08.12.2015 behindere die Arbeit in der Fraktion erheblich.

Der Bürgermeister stellt zu seinem Bedauern fest, dass offensichtlich kein einheitlicher Wahlvorschlag für die Umbesetzungen zu den Ausschüssen zustande kommen könne. Aus diesem Grunde schlage er eine Unterbrechung der Sitzung für fraktionsinterne Beratungen vor.

Unterbrechung: 20:28 bis 20:45

Im Anschluss an diese Unterbrechung bringt der BM zum Ausdruck, dass er diese von der FDP-Fraktion gewählte Vorgehensweise in keiner Weise tolerieren könne und maßlos enttäuscht sei, dass diese Art von Gebaren Einzug in den Velberter Stadtrat gehalten habe.

Er werde alles Erdenkliche unternehmen, um dieser ungeheuerlichen Vorgehensweise der FDP-Fraktion entgegenzuwirken.

Sodann ergehen folgende Beschlüsse:

Verwaltungsrat TBV AöR

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag zur Entsendung von Herrn Ansgar Bensch als stv. Mitglied anstelle von Herrn Andres Wendenburg in den Verwaltungsrat der TBV AöR wird angenommen.

Haupt- und Finanzausschuss

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion, als stimmberechtigte Mitglieder

1. Herrn Dirk aus dem Siepen, UVB, (bisher beratendes Mitglied) für Herrn Martin Zöllner, Bündnis 90 / Die Grünen, und
2. Herrn Cem Demircan, UVB, bisher Herr Edgar Küppersbusch, UVB, zum stv. Mitglied, anstelle der Ratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der SPD – Fraktion,

1. Herrn Rainer Hübinger anstelle von Herrn Volker Münchow und
2. Frau Brigitte Djuric anstelle von Herrn Gerno Böll zum Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen–Fraktion, als Stv. für Frau Dr. Esther Kanschat alle RM in alphabetischer Reihenfolge zu wählen, wird angenommen.

Ausschuss für Schule und Bildung

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion,

1. Herrn Mike Trommler anstelle von Herrn Dirk aus dem Siepen zum Mitglied und
2. Frau Sandra Böhm anstelle von Herrn Edgar Küppersbusch zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Ausschuss für Sport, Freizeit und Tourismus

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion, als stimmberechtigte Mitglieder

1. Herrn Cem Demircan (ehemals SNV) anstelle von Herrn Edgar Küppersbusch (bisher beratendes Mitglied) und

2. Herrn Edgar Küppersbusch anstelle von Herrn Dirk aus dem Siepen, zum stv. Mitglied zu wählen, bisher Herr Stiegelmeier (ehemals SNV), wird angenommen.

Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion, als stimmberechtigte Mitglieder

1. Herrn Torsten Böhm, UVB, anstelle von Herrn Stallony (bisher SNV) und
2. Herrn Edgar Küppersbusch, UVB, für Herrn Dirk aus dem Siepen (UVB), anstelle von Herrn Jörg HORST (bisher SNV) als stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Betriebsausschuss Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion,

1. Herrn Hussein Boumouchoun als beratendes Mitglied und
2. Herrn Kevin Patrick Poppek als stv. beratendes Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der SPD – Fraktion,

Herrn Matthias Gohr anstelle von Frau Viola Becker als Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Sozialausschuss

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion, als stimmberechtigte Mitglieder

1. Frau Ursel Huster (bisher beratendes Mitglied), für Herrn Ulrich Weber (Piraten) und
2. Herrn Santharuban Sarvaloganathan anstelle von Frau Sandra Böhm zum stv. Mitglied, für Thomas Küppers (Piraten), zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der SPD – Fraktion,

Frau Brigitte Djuric anstelle von Herr Gerno Böll als Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Hinweis: Herr Ulrich Weber (bisher stimmberechtigtes Mitglied) wird als beratendes Mitglied benannt

Umwelt- und Planungsausschuss

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion, als stimmberechtigte Mitglieder

1. Herrn Marcus Babilon (bisher beratendes Mitglied), für Herrn Thomas Küppers (Piraten) und

2. Frau Gülzade Kaplan anstelle von Herrn Edgar Küppersbusch, für Herrn Ulrich Weber (Piraten), zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Von der Fraktion die Piraten-Partei wird

1. Herr Thomas Küppers zum beratenden Mitglied und
2. Herr Ulrich Weber zum stellv. beratenden Mitglied benannt.

Verwaltungsrat TBV AöR

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion, als stimmberechtigte Mitglieder

1. Herrn Cem Demircan (jetzt UVB) anstelle von Herrn Dirk aus dem Siepen (bisher beratendes Mitglied), für Herrn Dr. Beckröge (Bündnis 90 / Die Grünen) und
2. Herrn Dirk aus dem Siepen anstelle von Herrn Edgar Küppersbusch, für Herrn Andreas Kanschat (Bündnis 90 / Die Grünen) zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der SPD – Fraktion,
Herrn Shamail Arshad anstelle von Herrn Gerno Böll zum stv. Mitglied für Frau Viola Becker zu wählen, wird angenommen.

Herrn Volker Münchow anstelle von Herrn Rainer Hübinger zum Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Herrn Matthias Gohr zum stv. Mitglied für Herrn Volker Münchow zu wählen, wird angenommen.

Herrn Anton Conze (bisher Stv. von Herrn Rainer Hübinger) zum stv. Mitglied für Herrn Rolf Otterbeck zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion,
Herrn Stefan Overkamp zum Mitglied und
Herrn Dr. Wolfgang Beckröge zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Wahlausschuss

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion, als stimmberechtigte Mitglieder

1. Herrn Bernd Huster anstelle von Frau Ingrid Schween (Fraktion Die Linke) und
2. Frau Suzann Gaillard - Küppersbusch anstelle von Frau Sonja Spiekermann (Fraktion Die Linke) zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Wahlprüfungsausschuss

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion,
Herr Cem Demircan anstelle von Herrn Dirk aus dem Siepen zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Bezirksausschuss V. – Langenberg

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion,

1. Frau Marion aus dem Siepen anstelle von Frau Hannah aus dem Siepen als 1. stv. Mitglied und
2. Frau Hannah aus dem Siepen anstelle von Herrn Mike Trommler zum 2. stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion,

1. Frau Karolin Rixecker anstelle von Herrn Stefan Overkamp zum Mitglied und
2. Herrn Carsten Westphal anstelle von Herrn Andreas Kanschätsch zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Bezirksausschuss V. – Mitte

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion,
Herr Horst Jörg (jetzt UVB) anstelle von Frau Marion aus dem Siepen zum 1. stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der SPD – Fraktion,
Frau Petra Trost als stv. Mitglied anstelle von Herrn Esmir Divljanovic für Herrn Erich Seier zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der Die Linke – Fraktion,
Frau Dr. Heike Knops anstelle von Herrn Joschka Baum zum 1. stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Bezirksausschuss V. – Neviges

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion,
Herr Frank Benesch anstelle von Herrn Bernd Huster zum 2. stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der SPD – Fraktion,

1. alle RM in alphabetischer Reihenfolge anstelle von Frau Rita Rauscher als Stellvertreter von Herrn Matthias Gohr,
2. Frau Rita Rauscher als 2. stv. Mitglied für Herrn David Rademacher und
3. Herrn Dimitri Athanassiou als 2. stv. Mitglied von Herrn Peter Schmidt zu wählen, wird angenommen.

Kulturausschuss

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion, als stimmberechtigte Mitglieder

1. Herrn Edgar Küppersbusch anstelle von Herrn Dirk aus dem Siepen (bisher beratendes Mitglied), für Herrn Martin Schwarz (Piraten), und
2. Herrn Cem Demircan anstelle von Herrn Edgar Küppersbusch, für Herrn Martin Leonhard (Piraten), zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der Piratenpartei – Fraktion,
Herrn Tobias Maaßen als beratendes Mitglied und
Frau Lisa Neumeyer – Küppers als stv. beratendes Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der Die Linke – Fraktion,
Frau Dr. Heike Knops zum 1. stv. Mitglied und Frau Julia Niemann zum 2. stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Aufsichtsrat der Kultur- und Veranstaltungs – GmbH

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion,

1. Herrn Torsten Böhm anstelle von Frau Sonja Spiekermann (Fraktion Die Linke) und
2. Herrn Edgar Küppersbusch anstelle von Herrn Michael Alfermann (Fraktion Die Linke) zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der SPD – Fraktion,
Herrn Shamail Arshad anstelle von Herrn Gerno Böll als Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Aufsichtsrat der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft der Stadt Velbert mbH

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der SPD-Fraktion

1. Herrn Rainer Hübinger anstelle von Herrn Gerno Böll als Mitglied,
2. Frau Ute Meulenkamp anstelle von Rainer Hübinger als stellv. Mitglied für Frau Viola Becker und
3. Herrn Ralf Wilke als stellv. Mitglied von Herrn Rainer Hübinger zu wählen, wird an

genommen.

Aufsichtsrat Wohnungsbaugesellschaft Velbert mbH

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender **einstimmige Beschluss**:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion,

1. Herrn Markus Babilon anstelle von Herrn Jörg Möller (Fraktion Die Linke) als Mitglied und
2. Frau Gülzade Kaplan anstelle von Herrn Götz Christian Lange (Fraktion Die Linke) zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Zweckverbandsversammlung Sparkasse Hilden Ratingen Velbert

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender einstimmige Beschluss:

Der Wahlvorschlag der UVB – Fraktion,

1. Herrn Dirk aus dem Siepen anstelle von Herrn Frank Röhr (Bündnis 90 / Die Grünen) als Mitglied und
2. Herrn Cem Demircan anstelle von Herrn Dr. Wolfgang Beckröge (Bündnis 90 / Die Grünen) zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Der Wahlvorschlag der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion,

Herrn Christoph Piechotta zum Mitglied und
Herrn Thomas Auer zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Umlegungsausschuss

Mit der Betonung, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag zugrunde liegt, ergeht folgender einstimmige Beschluss:

Der Wahlvorschlag der SPD – Fraktion,

1. Herrn Anton Conze anstelle von Herrn Rainer Hübinger als Mitglied und
2. Herrn Rolf Otterbeck anstelle von Herrn Anton Conze zum stv. Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Jugendhilfeausschuss

Der Wahlvorschlag der SPD – Fraktion,

Herrn Kadir Bicerik anstelle von Herrn Gerno Böll als Mitglied zu wählen, wird angenommen.

Aufsichtsrat Stadtwerke Velbert mbH

Der Wahlvorschlag der FDP – Fraktion,

1. Herrn Helmut Stiegelmeier anstelle von Herrn Michael Schmidt.(CDU – Fraktion) zum Mitglied und
2. Herrn Thorsten Hilgers anstelle von Herrn Karsten Schneider (CDU – Fraktion) zum stv. Mitglied wählen, wird angenommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

30.2 Neuwahlen zu den Ausschüssen
Abbestellung von beratenden Ausschussmitgliedern
Vorlage: 385/2015

Es ergeht folgender Beschluss:

Die durch den Rat der Stadt Velbert bestellten nachfolgend aufgeführten beratenden Mitglieder der ehemaligen Fraktion Soziales Neues Velbert (SNV) werden abberufen.

Ausschuss für Schule und Bildung:

Herr Arne Weisse als beratendes Mitglied
Herr Hussein Boumouchoun als stellv. beratendes Mitglied

Betriebsausschuss „Kultur- und Veranstaltungsbetrieb Velbert“ (KVBV)

Herr Hussein Boumouchoun als beratendes Mitglied
Herr Dr. Stallony, Armin als stellv. beratendes Mitglied

BZA Velbert-Langenberg:

Frau Kristina Hille als beratendes Mitglied
Herr Lazar Simikic als stellv. beratendes Mitglied
Herr Kevin Poppek als stellv. beratendes Mitglied

BZA Velbert-Mitte:

Herr Horst Jörg als beratendes Mitglied
Herr Torsten Böhm als stellv. beratendes Mitglied
Herr Tobias Großhennig als stellv. beratendes Mitglied

Haupt- und Finanzausschuss:

Herr Cem Demircan als beratendes Mitglied
Herr Helmut Stiegelmeier als stellv. beratendes Mitglied

Kulturausschuss:

Herr Kevin Poppek als beratendes Mitglied
Herr Arne Weisse als stellv. beratendes Mitglied

Rechnungsprüfungsausschuss:

Herr Helmut Stiegelmeier als beratendes Mitglied
Herr Cem Demircan als stellv. beratendes Mitglied

Sozialausschuss:

Herr Lazar Simikic als beratendes Mitglied
Frau Kristina Hille als stellv. beratendes Mitglied

Umwelt- und Planungsausschuss:

Herr Karl-Uwe Schneider als beratendes Mitglied
Frau Gülzade Kaplan als stellv. beratendes Mitglied

Verwaltungsrat TBV AÖR:

Herr Cem Demircan als beratendes Mitglied
Herr Lazar Simikic als stellv. beratendes Mitglied

Wahlprüfungsausschuss:

Herr Santharuban Savaloganathan als beratendes Mitglied
Frau Martina Riznar als stellv. beratendes Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

30.3 Bestimmung der Ausschussvorsitzenden / des Ausschussvorsitzenden für den Sozialausschuss

Vorlage: 422/2015

Es ergeht folgender Beschluss:

Als Vorsitzende wird Frau Brigitte Djuric für den Sozialausschuss benannt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

30.4 Bestimmung der Ausschussvorsitzenden / des Ausschussvorsitzenden für den Betriebsausschuss "Kultur- und Veranstaltungsbetrieb"

Vorlage: 429/2015

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Als neuer Vorsitzender wird Herr Shamail Arshad für den Betriebsausschuss „Kultur- und Veranstaltungsbetrieb“ benannt.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

31. Antrag der CDU-Fraktion und der Piraten - Ausbau von Bürgerdatennetzen -

Vorlage: 362/2015

Es besteht Einigkeit darüber, diesen Tagesordnungspunkt zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten.

Beratungsergebnis: ohne Abstimmung

32. Antrag der Fraktion Piraten Partei Überprüfung der alten Feuerwache Neviges - Neue Unterbringung DRK Neviges

Vorlage: 390/2015

Vom Sprecher der Piraten-Fraktion wird mitgeteilt, dass eine Beratung nicht für erforderlich gehalten und der Antrag zurückgezogen werde, da die Verwaltung bereits tätig geworden sei.

**33. Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Piraten Fraktion
Prüfung der Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens**
Vorlage: 411/2015

Der Sprecher der Piraten-Fraktion führt aus, dass die Absicht bestehe, eine Gleichbehandlung (gerechtere Behandlung) im Bewerberverfahren herbeizuführen.

Vom Sprecher der CDU-Fraktion wird ergänzt, dass es sich um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handele, wie eine Umsetzung möglich sei.

Sodann ergeht folgender Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines anonymisierten Bewerbungsverfahrens auf Basis des Leitfadens der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu prüfen.

Ein standardisiertes anonymisiertes Bewerbungsverfahren wird anhand des Leitfadens entwickelt, dabei wird das Musterbewerbungsformular der Antidiskriminierungsstelle den Bedürfnissen der Velberter Personalabteilung angepasst und das Verfahren bei einer Stellenausschreibung getestet.

Die Verwaltung berichtet im Anschluss im Hauptausschuss über ihre Erfahrungen, die sie bei dem Test des Verfahrens gesammelt hat und ob sie in Zukunft ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren anwenden möchte.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

34. Nachträge

Nachträge liegen nicht vor.

35. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen werden nicht gegeben.

36. Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 21:17 Uhr